



Ausschuss für Kommunalpolitik

108. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Christian Dahm kommt der Ausschuss überein, Tagesordnungspunkt 5 – Abfallwirtschaftsplan – abzusetzen.

1 Gesetz zum Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften

8

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 16/8131

In Verbindung mit:

Kommunalfinanzagentur zur Unterstützung der Kommunen im Zins- und Schuldenmanagement gründen

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 16/8121

Ausschussprotokoll 16/985

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Nach eingehender Diskussion lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Der Antrag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN bei Enthaltung der FDP und gegen die Fraktion der CDU ebenfalls abgelehnt.

Das Plenum auf der Grundlage der Beschlussempfehlung an das Plenum mit den beiden Initiativen befassen.

2 Grundsteuer-Bremse in Nordrhein-Westfalen einführen – Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Bundesländern beseitigen**16**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7777

Ausschussprotokoll 16/977

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Nach kurzer Aussprache lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und PIRATEN gegen die Stimmen der FDP ab.

3	Ländlicher Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden – Land muss Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen	20
----------	---	-----------

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8982

Stellungnahme 16/3016

Ausschussprotokoll 16/1021

-Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Wer den Ziffern 1, 2, 3, 5 und 6 des Antrags Drucksache 16/8982 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – CDU, FDP und Piratenfraktion. Gegenstimmen? – SPD -Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Vielen Dank.

Wer möchte der Ziffer 4 zustimmen? – CDU- und FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion. Enthaltung? – Keine.

Jetzt lasse ich über den Gesamtantrag abstimmen. – Wer dem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU- und FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion. –

4 Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8293

Ausschussprotokoll 16/956

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt nach kurzer Aussprache überein, den Punkt in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten.

5 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle 29

Vorlage 16/2860

Vorlage 16/2957

Ausschussprotokoll 16/980 – Herstellung des Benehmens –

Dieser Punkt wird eingangs der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

6 Integration von Flüchtlingen umfassend und vorausschauend gestalten – Krisenmodus bei der Flüchtlingsaufnahme darf Integration nicht behindern 30

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9801

In Verbindung damit:

7 Aktionsplan Integration für Flüchtlinge – Chancen für Flüchtlinge, Gewerkschaft und Gesellschaft

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9782

Ohne Aussprache kommt der Ausschuss überein, sich an der zu den obengenannten Punkten geplanten Anhörung des federführenden Integrationsausschusses pflichtig zu beteiligen.

8 Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen Hafensicherheitsgesetz – (HaSiG) 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9760

Nach kurzer Aussprache stimmt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen bei Enthaltung von FDP und Piraten für den Gesetzentwurf der Landesregierung; das Votum wird dem federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr übermittelt.

- 9 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen 32**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9807

- 10 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsstärkungsgesetz) 33**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9795

Der Ausschuss kommt auf Anregung des Vorsitzenden überein, sich pflichtig an der Anhörung zu beteiligen.

- 11 Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand 34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3316

Der Ausschuss nimmt ohne weitere Diskussion den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

- 12 Stichwahl der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte 2015 – Wo bleibt die demokratische Legitimation solch geringer Wahlbeteiligung? 35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3331

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache den obengenannten Bericht zur Kenntnis.

4 Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8293

Ausschussprotokoll 16/956

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Christian Dahm (SPD) leitet ein, mit diesem Gesetzentwurf beschäftige sich der Ausschuss gemäß Überweisungsbeschluss des Plenums vom 29. April 2015 mitberatend. Gemeinsam mit dem federführenden Innenausschuss habe der AKo am 21. August 2015 eine Anhörung von Sachverständigen zu dem Gesetzentwurf durchgeführt, deren Sitzungsprotokoll nunmehr vorliege. Der federführende Ausschuss habe den AKo um ein Votum gebeten. Diese Woche sei ebenfalls ein Änderungsantrag der CDU den Ausschussmitglieder zugemalt worden.

Hans-Willi Körfges (SPD) weist auf sehr viel Übereinstimmung bei der Anhörung hin, wobei die eingeladenen Sachverständigen in fast allen wesentlichen Punkten einer Meinung gewesen seien. An zwei, drei Stellen – das habe man über alle Fraktionen hinweg mitgenommen – müsse man sich noch einmal Gedanken machen. Zwei Punkte seien ihm besonders erinnerlich, nämlich Tierkörper- und Ölspurbeseitigung auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Frage, wie man mit dem Problem der Sicherstellung von Qualität im Bereich der Werksfeuerwehren umgehe und ob es da juristische Probleme bezogen auf das Verfassungsrecht gebe.

Er habe die anderen Fraktionen so verstanden, dass man wegen der großen Zustimmung im Verfahren versuche, sich gemeinsam darüber Gedanken zu machen, wie man in diesen wenigen Punkten unter Umständen zur einer Verbesserung des sehr stark befürworteten Gesetzentwurfs kommen könnte.

Die CDU habe nun einen Änderungsantrag mit Datum vom 27.10.2015 gemailt, den er noch nicht im Einzelnen habe durcharbeiten können. Man sei bereit, sich im Detail damit auseinanderzusetzen, würde allerdings auch an die CDU appellieren zu überlegen, ob man nicht die ganz hohe Übereinstimmung an der Stelle nicht dadurch fördern könne, dass man sich nur auf die wenigen Punkte beschränke, wo es nach übereinstimmender Ansicht noch Diskussionsbedarf gebe.

Er fände es schön, wenn man eine Einigung hinbekäme. Deswegen wolle er heute in der Sache nicht weiter diskutieren und vielmehr vorschlagen, zu versuchen, bis zur nächsten Sitzung diese Übereinstimmung noch hinzubekommen. Auch seine Fraktion habe durchaus Änderungswünsche in der Vorbereitung, die man gerne mit denen der CDU abgleichen wolle. Eine solch hohe Übereinstimmung sollte man nicht dadurch aufs Spiel setzen, dass man zu sehr im Detail Vorschläge unterbreite, die an der einen oder anderen Stelle möglicherweise Widerspruch gegen die Verbesserungsvorschläge hervorriefen. Insofern empfehle er, heute inhaltlich nicht vertieft einzusteigen,

sondern zu versuchen, die wichtigen Änderungswünsche aneinander zu bringen. Damit wäre allen gedient.

Vorsitzender Christian Dahm führt verfahrensleitend aus, der Gesetzentwurf solle offenbar in der Plenarwoche vor Weihnachten verabschiedet werden. Der Innenausschuss wolle sich abschließend dazu am 10. Dezember verhalten. Der AKo hätte die Möglichkeit, dazu noch eine Diskussion und Entscheidungsgrundlage am 20. November durchzuführen. Daher schlage er ebenfalls vor, heute nicht inhaltlich weiter zu diskutieren, den Punkt zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen und zu schauen, ob es bis dahin Einvernehmen in der Sache gebe.

Ralf Nettelstroth (CDU) bemerkt, in der Tat habe man sich mit den Kollegen schon darauf verständigt, heute zu schieben. Er habe sich aber noch einmal zu Wort gemeldet, weil man es nicht so wahrgenommen habe, dass auf seine Fraktion eingewirkt worden sei, nun gemeinsam aktiv zu werden. Deshalb habe man mit diesem Änderungsantrag erst einmal einen Entwurf vorgelegt.

In der Sache sei man an einer Einigung interessiert, weil es eine Fragestellung sei, die schon von wichtiger Bedeutung für das Land sei. Man habe sich darauf verständigt, diese Zeit zu nutzen, gemeinschaftlich zu schauen, ob man zu einem gemeinsamen Änderungsantrag oder zumindest zu einer entsprechenden Angleichung kommen könne. Deswegen sei man sehr damit einverstanden, den Punkt zu schieben, wobei in der nächsten Sitzung dann mit entsprechenden Ergebnissen aufgewartet werden sollte.

Der Ausschuss kommt nach kurzer Aussprache überein, den Punkt in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten.